

Antrag

**der Abgeordneten Jan Quast, Werner Dobritz, Ingrid Cords, Barbara Duden,
Dr. Martin Schäfer, Rüdiger Schulz, Dr. Dorothee Stapelfeldt,
Karin Timmermann, Carola Veit (SPD) und Fraktion**

**Betr.: Ursachen für den Rückgang des Wohnungsbaus sowie für das
Scheitern des Wohnungsbauprogramms 2005/2006 analysieren
und Konsequenzen ziehen**

Seit 2002 sind die Wohnungsbauzahlen in Hamburg stark rückläufig. Im vergangenen Jahr wurde mit 3251 fertig gestellten Wohnungen der niedrigste Wert seit 15 Jahren erreicht. Geschosswohnungen wurden 2005 sogar nur 1475 gebaut. Bei 5000 bis 8000 erforderlichen neuen Wohnungen p. a. ist deshalb ein deutlicher Anstieg der Mieten zu befürchten. Damit einher geht der Rückgang der Wohnungen, die einer Belegungsbindung unterliegen: Bis zum Jahr 2010 werden nur noch rd. 110 600 Wohnungen einer Bindung unterliegen, d. h. fast 25 000 weniger als heute. Schon jetzt wird beklagt, dass das Angebot gerade im Bereich der günstigen Wohnungen bei weitem nicht ausreicht.

Doch nicht nur die Wohnungsbauzahlen sind seit Jahren unbefriedigend niedrig. Auch die Wohnungsbauförderung des Senats ist ein Misserfolg. Bei der Vorstellung der Wohnungsbauprogramme 2005/2006 im Dezember 2004 hatte Bausenator Freytag noch erklärt, der Senat habe die Weichen für eine effiziente, auf die Ziele der Wachsenden Stadt zugeschnittene Wohnungsbauförderung gestellt. Doch schon im Jahr 2005 sind für den Neubau im Mietwohnungsbau kaum Mittel bewilligt worden (vgl. Drs. 18/3744). Eigentlich sollten mit den beiden Instrumenten „Objektförderung im Mietwohnungsbau“ und „Investitionszulage für den Mietwohnungsbau“ der Neubau von 1250 Wohnungen gefördert und „der Geschosswohnungsbau angekurbelt werden“. Tatsächlich wurden aber nur 184 Wohneinheiten gefördert – inklusive Nachbewilligungen für frühere Programmjahre.

Auch die Förderung von Eigentumsmaßnahmen, die dem Senat ein besonderes Anliegen ist, bleibt weit hinter den selbst gesetzten Zielen zurück: Das Ziel von 1200 geförderten Wohneinheiten wurde 2005 mit 1080 Wohnungen erneut verfehlt, wobei von diesen geförderten Eigentumsmaßnahmen nur 703 Neubauten waren.

Im Jahre 2006 werden die Zahlen kaum besser ausfallen. In Bezug auf das Sonderprogramm familienfreundlicher Wohnungsbau teilte der Senat im Bericht zum Haushaltsverlauf im 1. Halbjahr 2006 mit, dass nur 23 Haushalte von der Kinderzimmerzulage Gebrauch gemacht hätten und die Büro-Umwandlungsprämie bisher nur für drei Bauvorhaben mit 41 Wohneinheiten genutzt wurde. Angestrebt waren dagegen die jährliche Förderung von durchschnittlich 300 Familien und die Umwandlung von 200 Einheiten.

Angesichts dieser dramatischen Zahlen ist ein Kurswechsel in der Wohnungsbau- und der Wohnungsförderungspolitik überfällig. Hierzu bedarf es einer grundlegenden Analyse der Ursachen für den Misserfolg der bisherigen Wohnungsbauprogramme, da anderenfalls auch die nächste Korrektur wirkungslos zu verpuffen droht. Dies aber kann sich die Stadt nicht länger leisten.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. die Ursachen für das Scheitern des Wohnungsbauprogramms 2005/2006 und des Sonderprogramms familienfreundlicher Wohnungsbau zu analysieren und
2. der Bürgerschaft hierüber bis zum 31. Dezember 2006 zu berichten.